

Rene Rhinow Gerhard Schmid Giovanni Biaggini

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Y

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIII
Erlasse	XLV
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	LI
Allgemeiner Teil	
1. Kapitel Grundlagen	3
2. Kapitel Die Wirtschaftsverfassung der Schweiz	27
3. Kapitel Wirtschaftsverfassung und internationales Wirtschaftsrecht	165
4. Kapitel Wirtschaftsverfassung und andere Bereichsverfassungen	213
5. Kapitel Rechtsverwirklichung im öffentlichen Wirtschaftsrecht	299
6. Kapitel Wirtschaftliches Handeln des Staates	357
Besonderer Teil	
7. Kapitel Wettbewerbs- und Preispolitik	423
8. Kapitel Währungsordnung und Konjunkturpolitik	483
9. Kapitel Strukturpolitik	519
10. Kapitel Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik	609
	IX

Inhaltsübersicht

11. Kapitel	
Aufsicht über ausgewählte Dienstleistungsbereiche	661
12. Kapitel	
Umgang mit risikobehafteten Gütern	719
Sachregister	745

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIII
Erlasse	XLV
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	LI
Allgemeiner Teil	
1. Kapitel	
Grundlagen	3
§ 1 Staat und Wirtschaft	3
I. Staat und Staatsaufgaben heute	4
1. Staatsaufgaben im zeitgenössischen Leistungsstaat	4
2. Steuerstaatliche Ausprägung des Leistungsstaates	5
II. Die Wirtschaft als Subsystem der Gesellschaft	6
1. Der Bereich der Wirtschaft	6
2. Koordinationsmechanismen als systembildende Faktoren	6
III. Einflüsse des Staates auf die Wirtschaft	7
1. Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Rahmenordnung	8
2. Gefahrenabwehr	8
3. Wirtschaftspolitisch motivierte Interventionen	9
4. Konjunkturpolitik	9
5. Verwaltung der Staatsquote	10
IV. Einflüsse der Wirtschaft auf den Staat	10
1. Pluralistischer Wettbewerb im freiheitlichen Verfassungsstaat	10
2. «Staat» und «Wirtschaft» als abstrakte Chiffren	11
V. Schweizerische Besonderheiten im Verhältnis von Staat und Wirtschaft	11
1. Besonderheiten der schweizerischen Wirtschaft	11
	XI

Inhaltsverzeichnis

2. Für die Wirtschaftspolitik relevante Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz	13
§ 2 Begriff und System des öffentlichen Wirtschaftsrechts	14
I. Das Verhältnis von Wirtschaft und Recht	15
1. Aufgaben und Funktionen der Rechtsordnung	15
a. Funktionen des Rechts im allgemeinen	15
b. Recht als Garant von Freiheitsräumen	16
c. Recht als Verfahrensordnung	16
d. Recht als Mittel der Steuerung durch Politik	17
2. Zur Bedeutung des Rechts für den Bereich der Wirtschaft	18
a. Allgemeine Aufgaben des Rechts	18
b. Steuerung wirtschaftlichen Geschehens durch Recht	19
3. Schweizerische Besonderheiten	19
II. Wirtschaftsrecht	20
1. Begriff und Aufgaben des Wirtschaftsrechts	20
2. Entwicklung und wirtschaftspolitische Prägung des Wirtschaftsrechts	21
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht	22
1. Privatrecht und öffentliches Recht im Wirtschaftsrecht	22
2. Verfassungsrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	23
3. Verwaltungsrecht als Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	24
4. Übriges öffentliches Wirtschaftsrecht	25
2. Kapitel	
Die Wirtschaftsverfassung der Schweiz	27
§ 3 Geschichte der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	27
I. Die Zeit vor der Bundesstaatsgründung	27
1. Die «Verfassung der Wirtschaft» im Ancien Regime	28
a. Privilegienwirtschaft	28
b. Postulate der Aufklärung	30
2. Von der Helvetik bis zur Bundesstaatsgründung	32
a. Erste helvetische Verfassung (1798)	32
b. Zweite helvetische Verfassung (1802) und Mediationsakte (1803)	33
c. Restaurations- und Regenerationszeit	34

II.	Die Entwicklung der Wirtschaftsverfassung in den ersten Jahrzehnten des Bundesstaates	36
	1. Die Wirtschaftsverfassung von 1848	36
	2. Die Wirtschaftsverfassung von 1874	39
	a. Verankerung der Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 31)	39
	b. Weitere Neuerungen	40
	c. Merkmale der Wirtschafts Verfassung von 1874	41
III.	Weitere Entwicklung unter der totalrevidierten Bundesverfassung von 1874 bis zur Wirtschaftsverfassung der «Wirtschaftsartikel» von 1947	42
	1. Erweiterung des wirtschaftsrechtlichen Handlungsspielraums des Bundes	42
	2. Kriegs- und Krisenwirtschaft	43
	3. Rückkehr zu geordneten verfassungsrechtlichen Verhältnissen: die «Wirtschaftsartikel» von 1947	45
IV.	Neuere und neueste Entwicklungen	46
	1. Entwicklungen im Bereich der Verfassung	46
	2. Entwicklungen im Bereich der Aussenwirtschaftspolitik im allgemeinen	50
	3. Europäische Integration	51
	4. Gescheiterte Vorhaben	52
	5. Bedeutung der direktdemokratischen Institutionen	53
	6. Ausblick	54
§ 4	Die schweizerische Wirtschaftsverfassung im Überblick	58
I.	Strukturprägende Elemente	59
	1. Grundrechte und Verfassungsgrundsätze	60
	a. Wirtschaftsrelevante Grundrechtsgarantien	60
	b. Funktionen der Grundrechte im Wirtschaftsbereich	61
	c. Verfassungsgrundsätze	62
	2. Ziel- und Aufgabennormen	63
	3. «Schränkennormen»	65
	4. Exkurs: zum Begriff «Wirtschaftsverfassung»	65
II.	Zur Deutung der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	66
	1. Zur Problematik eines «Gesamtbildes» der schweizerischen Wirtschaftsverfassung	66

Inhaltsverzeichnis

2.	Gegensätzliche interpretationsleitende Grundverständnisse	67
a.	Drei Hauptströmungen	67
b.	«Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftsfreiheit»	68
c.	«Wirtschaftsverfassung der Wettbewerbsfreiheit»	68
d.	«Wirtschaftsverfassung der Wirtschaftspolitik»	69
e.	Staatspraxis	69
f.	Defizite der gängigen Grundverständnisse	70
III.	Freiheits- und wettbewerbsorientierte sowie umwelt- und sozialverpflichtete Wirtschaftsverfassung	71
1.	Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt: Die Unterscheidung von grundsatzkonformen und grundsatzwidrigen Massnahmen	71
a.	Scharnierfunktion des Art. 31 BV bzw. des «Grundsatzes der Handels- und Gewerbefreiheit»	71
b.	Prinzipielle Zulässigkeit grundsatzkonformer Massnahmen	72
c.	Prinzipielle Unzulässigkeit grundsatzwidriger Massnahmen	72
d.	Schwierigkeiten bei der praktischen Handhabung des HGF-spezifischen Schrankenregimes	73
e.	Zur Konkretisierung des «Grundsatzes der Handels- und Gewerbefreiheit»	74
2.	Funktionen des Art. 31 BV im Rahmen der Wirtschaftsverfassung	75
a.	Individualrechtliche, wirtschaftssystembezogene und bundesstaatliche Funktion des Art. 31 BV	75
b.	Zur wirtschaftssystembezogenen Funktion des Art. 31 BV	75
c.	Zum Verhältnis von individualrechtlicher und wirtschaftssystembezogener Funktion	77
d.	Zur bundes staatlichen Funktion des Art. 31 BV	78
e.	Zur demokratischen Funktion des Art. 31 BV	78
3.	Das interpretationsleitende Grundverständnis: eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsverfassung mit (demokratiebedingt) offenen Flanken	79
a.	Fehlen eines förmlichen Systementscheids	79
b.	Eine marktwirtschaftsorientierte Wirtschafts Verfassung	79
c.	Staatliche, soziale und internationale Einbettung der marktwirtschaftlichen Ordnung	80

d.	Gesamtbild einer freiheitlichen, wettbewerbsorientierten und sozial- und umweltverpflichteten Wirtschaftsverfassung	81
e.	Die Eigenart der schweizerischen Wirtschaftsverfassung im Verfassungsvergleich	81
4.	Probleme der gegenwärtigen schweizerischen Wirtschaftsverfassung	82
a.	Leerlaufender Verfassungsvorbehalt	82
b.	Ungenügende Gewährleistung der Einheit des Wirtschaftsraums	84
c.	Probleme bei der grundrechtlichen Durchdringung der Aussenwirtschaftsbeziehungen	84
d.	Lücken im Bereich der Verfassungsgerichtsbarkeit	84
IV.	Die Wirtschaftsverfassung in den Projekten für eine totalrevidierte Bundesverfassung	85
1.	Vorentwurf 1977 und Modellstudie 1985	85
2.	Verfassungsentwurf 1995	86
3.	Verfassungsentwurf 1996	87
§ 5	Wirtschaftsfreiheit (Handels- und Gewerbefreiheit)	89
I.	Bedeutung und Funktionen der Handels- und Gewerbefreiheit	89
1.	Überblick	89
2.	Bedeutungsschichten	90
a.	Subjektiv-anspruchsbegründende Schicht	90
b.	Objektiv-konstitutive Bedeutungsschicht	90
c.	Wechselseitige Einwirkungen	91
3.	Das Zusammenspiel der Bedeutungsschichten und Funktionen des Art. 31 BV	92
a.	Individualrechtliche Funktion	92
b.	Wirtschaftssystembezogene Funktion	93
c.	Bundesstaatliche Funktion	94
d.	Demokratische Funktion	94
II.	Sachlicher und persönlicher Schutzbereich sowie Schutzrichtung	95
1.	Überblick	95
2.	Sachlicher Schutzbereich im allgemeinen	96
a.	Jede private Erwerbstätigkeit	96
b.	Erwerbsmoment	96
c.	Grundrechtliche Konsumfreiheit?	97

Inhaltsverzeichnis

3.	Berufswahl-, Berufszugangs- und Berufsausübungsfreiheit	97
a.	Berufswahl- und Berufszugangsfreiheit	97
b.	Berufsausübungsfreiheit	98
c.	Schutz gegen die Einräumung von Privilegien und Markt Vorteilen zugunsten einzelner Wirtschaftssubjekte	99
4.	Ausklammerung amtlicher Tätigkeiten	100
5.	Schutzwirkung ausserhalb der «Eingriffsverwaltung»	102
a.	Grundsätzlich fehlender Anspruch auf staatliche Leistungen	102
b.	Relativierungen im Interesse der Öffnung des Rechtsweges («bedingter» Anspruch auf staatliche Leistungen)	102
c.	«Bedingter» Anspruch auf Zugang zum öffentlichen Grund und Boden	105
d.	Grundrechtlicher Anspruch auf Gleichbehandlung in der leistenden Verwaltung	106
e.	Entwicklungstendenzen	106
6.	Persönlicher Schutzbereich	107
a.	Selbständigerwerbende und Unselbständigerwerbende	107
b.	Grundrechtsschutz im besonderen Rechtsverhältnis	108
c.	Juristische Personen des Privatrechts	108
d.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts?	109
7.	Schutzrichtung	110
III.	Allgemeine Anforderungen an Beschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit	110
1.	Überblick	110
2.	Anforderungen an die Rechtsgrundlage	110
3.	Besonderheiten beim Erfordernis des überwiegenden öffentlichen Interesses	112
a.	Der Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit als Ausgangspunkt	112
b.	Die «Schrankenlehre» des Bundesgerichts: die drei Massnahmen-Kategorien	112
c.	Die «Schrankenlehre» des Bundesgerichts: Beispiele aus der jüngeren Praxis	114
d.	Zur Problematik der bundesgerichtlichen «Schrankenlehre»	116

e.	Zweistufiges, differenzierend-abwägendes Vorgehen (unter Einbezug der Wirkungen einer Massnahme)	118
f.	Ansätze zu einem differenzierend-abwägenden Vorgehen in der Rechtsprechung des Bundesgerichts	122
g.	Konsequenzen für die Dogmatik der Kerngehaltsgarantie und für die Praxis zum Grundsatz der Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden	123
h.	Insbesondere der Grundsatz der Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden	123
4.	Wahrung der Verhältnismässigkeit und des Kerngehalts	126
a.	Wahrung der Verhältnismässigkeit	126
b.	Wahrung des Kerngehalts	127
5.	Schranken für das grundrechtstangierende Handeln ausserhalb des traditionellen Eingriffsbereichs	128
§6	Eigentumsgarantie und weitere Grundrechte	130
I.	Eigentumsgarantie (Art. 22 ^{ter} BV)	130
1.	Schutzbereich und Funktionen	130
a.	Sachlicher und persönlicher Schutzbereich	130
b.	Eigentumsgarantie als Institutsgarantie	131
c.	Eigentumsgarantie als Bestandesgarantie	132
d.	Eigentumsgarantie als Wertgarantie	132
2.	Die spezifisch wirtschaftsrechtliche Bedeutung der Eigentumsgarantie	133
a.	Die Eigentumsgarantie als Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Ordnung	133
b.	Zur Bedeutung der Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung des Bundesgerichts	134
c.	Kein Schutz von bloss faktischen Interessen	137
II.	Weitere Grundrechtsgarantien des nationalen Rechts (Hinweise)	138
1.	Niederlassungsfreiheit (Art. 45 BV)	138
2.	Vereinigungsfreiheit und Freiheiten des Arbeitskampfes	138
3.	Ideelle Grundrechte und Grundrechte der Person	140
4.	Vertragsfreiheit?	141
5.	Rechtsgleichheit (Art. 4 BV)	141
6.	Doppelbesteuerungsverbot (Art. 46 Abs. 2 BV)	142

Inhaltsverzeichnis

7. Kantonale Grundrechtsgarantien im Wirtschaftsbe- reich	142
III. Wirtschaftsrelevante Garantien des internationalen Rechts (Hinweise)	143
1. Die Europäische Konvention zum Schutz der Men- schenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	143
2. Die UNO-Pakte über wirtschaftliche, soziale und kul- turelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte	144
3. Objektive Staats vertragliche Garantien betreffend den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr	146
§7 Bundesstaatliche Aspekte der Wirtschaftsverfassung	147
I. Allgemeine Determinanten	147
II. Die Kompetenzordnung im Überblick	148
1. Kompetenzen des Bundes im Wirtschaftsbereich	148
2. Kantonale Kompetenzen im Wirtschaftsbereich	150
III. Konsequenzen aus der Grundrechtsordnung (Handels- und Gewerbefreiheit)	152
1. Weitreichende wirtschaftspolitische Befugnisse des Bundes	152
2. Beschränkte wirtschaftspolitische Befugnisse der Kantone	153
3. Beschränkungen des kantonalen Handlungsspielraums aufgrund des Prinzips der Einheit des Wirtschafts- raums	155
a. Freiheit des binnenschweizerischen Wirtschafts- verkehrs	155
b. Das Problem der Gewährleistung der Einheit des Wirtschaftsraums	156
4. Förderung der Homogenität des schweizerischen Wirt- schaftsraums durch das Binnenmarktgesetz	158
a. Zweck des Gesetzes	158
b. Grundsatz des freien Marktzugangs und zulässige Beschränkungen	15 8
c. Rechtsschutz	161
d. Bedeutung und Tragweite des Binnenmarktgeset- zes	162

3. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und internationales Wirtschaftsrecht	165
§ 8 Wirtschaft als Gegenstand des internationalen Rechts	165
I. Internationale Verflechtung des schweizerischen Wirtschaftsrechts	165
II. Fehlen einer «globalen Wirtschaftsverfassung»	166
III. Strukturen des internationalen Wirtschaftsrechts	167
1. Traditionelles Wirtschaftsvölkerrecht: zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen und Internationale Organisationen	167
a. Überblick	167
b. Die Institutionen von Bretton Woods: Internationaler Währungsfonds und Weltbankgruppe	167
c. Zur Rolle der Vereinten Nationen sowie ihrer Spezialorganisationen und Nebenorgane	169
d. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	170
2. Private Wirtschaftssubjekte im internationalen Wirtschaftsrecht	171
IV. Zentrale Regelungsgegenstände	173
1. Überblick	173
2. Liberalisierung des Warenhandels	173
3. Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs	174
V. Zur Präsenz der Schweiz auf internationaler Ebene	175
1. Engagement in weltweit tätigen Organisationen	175
2. Engagement auf europäischer Ebene	176
§ 9 Das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO)	180
I. Überblick	180
II. Institutionelles	185
1. Organe und Beschlussfassung	185
2. Verfahren der Streitbeilegung	186
III. GATT 1994 und ergänzende Übereinkommen	187
1. GATT 1994	187
2. Weitere Übereinkommen	189
a. Landwirtschaft	189
b. Textilien	190
c. Technische Handelshemmnisse	190

Inhaltsverzeichnis

d.	Handelsbezogene Investitionsmassnahmen	190
e.	Massnahmen gegen das sog. Dumping	190
f.	Subventionen und Ausgleichsmassnahmen	191
g.	Ursprungsregeln	191
IV.	Weitere Abkommen im Rahmen der WTO	192
1.	Dienstleistungsverkehr (GATS)	192
2.	Geistiges Eigentum (TRIPS)	194
V.	Konsequenzen für die Schweiz	194
§ 10	Europäische Wirtschaftsintegration	196
I.	Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union im Überblick	196
1.	Europäische Wirtschaftsverfassung als Prozess	196
2.	Die Wirtschaftsverfassung gemäss EWG-Vertrag (1958)	197
a.	Freiheit des Warenverkehrs (Art. 9 ff., Art. 30 ff.)	198
b.	Freizügigkeit der Arbeitnehmer	198
c.	Niederlassungsfreiheit	199
d.	Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	199
e.	Freiheit des Kapitalverkehrs	199
f.	Weiterentwicklung der Grundfreiheiten in der Rechtsprechung des EuGH	200
g.	Weitere Grundprinzipien	201
3.	Weiterungen: die Einheitliche Europäische Akte (1987) und der erneuerte EG-Vertrag (1993)	201
4.	Merkmale der gegenwärtigen Europäischen Wirtschaftsverfassung	203
a.	Gemeinsamkeiten der Europäischen Wirtschaftsverfassung mit bundesstaatlichen Wirtschaftsverfassungen	203
b.	Bekanntnis zur Marktwirtschaftlichkeit als konkretisierungsbedürftiges Rechtsprinzip	204
c.	Fehlender grundrechtlicher «Unterbau» des Marktwirtschaftsprinzips	205
II.	Europäischer Freihandel und Europäischer Wirtschaftsraum	207
1.	Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)	207
2.	Freihandelsabkommen der EWG mit den einzelnen EFTA-Mitgliedstaaten	208
3.	Europäischer Wirtschaftsraum	209
4.	Wachsender europäischer Freihandelsraum	210

4. Kapitel	
Wirtschaftsverfassung und andere Bereichs- Verfassungen	213
§ 11 Sozialverfassung	213
I. Die Sozial Verfassung und ihr Verhältnis zur Wirtschafts- verfassung	214
II. Der Begriff des Sozialen und die Sozialstaatlichkeit	216
III. Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozial- verfassung	217
IV. Elemente der schweizerischen Sozialverfassung	219
1. Zielsetzung	219
2. Das System der sozialen Sicherheit	220
a. Überblick	220
b. Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung	221
c. Sozialhilfe	224
3. Weitere Bereiche der Sozialgesetzgebung	226
4. Sozialrechte und Sozialziele	227
V. Die verfassungsmässigen Mittel im Bereich der Sozial- versicherung	227
VI. Die Sozialverfassung und ihr internationales Umfeld	229
VII. Sozialstaatsprinzip und andere Staatsprinzipien	231
VIII. Reform der Bundesverfassung	232
§ 12 Arbeitsverfassung	234
I. Die Arbeitsverfassung und ihr Verhältnis zur Wirtschafts- verfassung	235
1. Zum Begriff der Arbeitsverfassung	235
2. Konnexe der Arbeitsverfassung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzverfassung	237
II. Die Entwicklung der schweizerischen Arbeitsverfassung	239
III. Elemente der schweizerischen Arbeitsverfassung	240
IV. Die verfassungsmässigen Mittel im Bereich der Arbeits- verfassung	243
V. Die schweizerische Arbeitsverfassung und ihr internationales Umfeld	244
VI. Reform der Bundesverfassung	247
	XXI

Inhaltsverzeichnis

§ 13	Finanzverfassung	248
I.	Zu Begriff und Entwicklung der Finanzverfassung	249
II.	Konnexe der Finanzverfassung mit anderen Bereichsverfassungen	251
III.	Elemente der schweizerischen Finanzverfassung	252
1.	Abgabenkompetenzen	252
a.	Verfassungsgrundlagen	252
b.	Verbrauchs- und Verkehrssteuern	253
c.	Direkte Steuern	255
d.	Weitere Einnahmen	255
e.	Überblick über die Einnahmen des Bundes	256
2.	Verfassungsgrundsätze der Besteuerung	258
a.	Ausgemessene Kompetenzen	258
b.	Grundrechte und Legalitätsprinzip	258
c.	Harmonisierungsprinzipien	259
3.	Der Finanzhaushalt	260
a.	Voranschlag und Rechnung	260
b.	Entwicklung von Ausgaben und Verschuldung	264
c.	Sanierungsmassnahmen	266
4.	Finanzausgleich	267
5.	Geld- und Währungsordnung	268
IV.	Die Finanzverfassung und ihr internationales Umfeld	269
V.	Reform der Bundesverfassung	270
§ 14	Umweltverfassung	271
I.	Zum Begriff der Umweltverfassung	272
II.	Umweltverfassung und andere Bereichsverfassungen	273
III.	Die Entwicklung der schweizerischen Umweltverfassung	274
IV.	Elemente der heutigen schweizerischen Umweltverfassung	276
1.	Der allgemeine Verfassungsartikel im Bereich des Umweltschutzes (Art. 24 ^{septies} BV)	276
2.	Besondere Verfassungsbestimmungen für Teilbereiche des Umweltschutzes	279

V.	Konkretisierungen der verfassungsrechtlichen Umweltschutzbestimmungen auf Gesetzesebene	280
1.	Übersicht über wichtige Erlasse und deren Zielsetzung	280
a.	Umweltschutzgesetz	280
b.	Raumplanungsgesetz	281
c.	Gewässerschutzgesetz	281
d.	Waldgesetz	282
e.	Natur- und Heimatschutzgesetz	282
2.	Grundsätze der Umweltgesetzgebung	283
a.	Prinzip der ganzheitlichen Betrachtungsweise	283
b.	Vorsorgeprinzip	284
c.	Verursacherprinzip	285
d.	Lastengleichheitsprinzip	286
e.	Koordinationsprinzip	286
f.	Kooperationsprinzip	287
3.	Instrumente des Umweltschutzes	287
a.	Instrumente im Bereich der eingreifenden Verwaltung	288
b.	Instrumente im Bereich der leistenden Verwaltung	290
c.	Instrumente im Bereich der planenden Verwaltung	290
d.	Privatrechtliche Instrumente	291
VI.	Entwicklungen des Umweltschutzes auf internationaler Ebene	292
VII.	Reform der Bundesverfassung	296
5. Kapitel		
	Rechtsverwirklichung im öffentlichen Wirtschaftsrecht	299
§15	Der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozess	299
I.	Akteure	300
1.	Allgemeines	300
2.	Staatliche Organe als Träger der Wirtschaftspolitik	300
a.	Allgemeines	300
b.	Stimmberechtigte und Parlament	301
c.	Bundesrat und Bundes Verwaltung	302
d.	Kantone	302
3.	Zur Bedeutung der Verbände im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess	303

Inhaltsverzeichnis

II.	Prozesse	307
	1. Politikfestlegung	307
	a. Initiierung	308
	b. Erarbeitung von Problemlösungen	309
	c. Vernehmlassungsverfahren	309
	d. Entscheid im Parlament und in der Volksabstimmung	311
	e. Demokratie und wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozess	312
	2. Politikvollzug	313
	a. Allgemeines	313
	b. Einbezug von Wirtschaftsverbänden	314
III.	Rechtsstaatliche Grundsätze	316
	1. Überblick	316
	2. Hinweise auf einige Besonderheiten im Bereich des öffentlichen Wirtschaftsrechts	316
	a. Grundsatz der Gesetzmässigkeit	316
	b. Weitere Grundsätze	318
§ 16	Instrumente und Rechtsformen des öffentlichen Wirtschaftsrechts	320
I.	Aufgabenvielfalt und Instrumenten Vielfalt	321
	1. Allgemeines	321
	2. Systematisierung des wirtschaftsrechtlichen Instrumentariums	322
II.	Typologie der Instrumente nach Art der Einwirkung	324
	1. Verbote	324
	2. Verhaltensgebote	324
	3. Monopolisierung und Konzessionierung	325
	a. Staatliche Monopolisierung	325
	b. Rechtliche und faktische Monopole	325
	c. Nutzung von Monopolen, insbesondere Konzessionierung von privaten Unternehmen	326
	4. Verbote mit Genehmigungsvorbehalt (Bewilligungspflicht)	328
	a. Allgemeines	328
	b. Polizeilich motivierte Bewilligungspflichten (Gefahrenabwehr)	329
	c. Wirtschaftspolitisch motivierte Bewilligungssysteme (Wirtschaftslenkung)	330

5.	Subventionen	332
a.	Allgemeines	332
b.	Arten von Finanzhilfen	333
c.	Rechtsformen der Subventionierung	336
6.	Lenkungsabgaben	337
7.	Weitere Instrumente	339
III.	Typologie der Instrumente nach Aufgaben	342
§ 17	Rechtsschutz im öffentlichen Wirtschaftsrecht	344
I.	Hinweise zum Rechtsschutzsystem	344
1.	Bedeutung eines effektiven Rechtsschutzsystems	344
2.	Rechtsweg	345
a.	Wirtschaftsverwaltungsrecht des Bundes	345
b.	Kantonales Wirtschaftsverwaltungsrecht	346
II.	Einige Besonderheiten im Bereich des Rechtsschutzverfahrens	347
1.	Kognition	347
a.	Funktionell-rechtlich begründete richterliche Zu- rückhaltung	347
b.	Richterliche Zurückhaltung bei der Überprüfung von Verordnungen des Bundesrates	348
2.	Sachverhaltsfragen	349
3.	Anfechtungsobjekt	349
4.	Beschwerdebefugnis des Konkurrenten	350
a.	Fragestellung	350
b.	Verwaltungsrechtspflege	351
c.	Staatsrechtspflege	352
d.	Abwägungsbedürftigkeit	353
5.	Verbandsbeschwerde	353
III.	Ausbau des Rechtsschutzes im Zuge der Justizreform (Hinweis)	354
6. Kapitel		
Wirtschaftliches Handeln des Staates		357
§ 18	Unternehmerische Tätigkeit der öffentlichen Hand	357
I.	Allgemeines	358
1.	Zur allgemeinen Bedeutung der unternehmerischen Betätigung der öffentlichen Hand	358
2.	Begriff der unternehmerischen Tätigkeit	361

Inhaltsverzeichnis

3.	Rechts- und Organisationsformen	362
a.	Unternehmerische Tätigkeit einer Verwaltungseinheit der Zentralverwaltung	362
b.	Öffentlichrechtliche Anstalt ohne Rechtspersönlichkeit	363
c.	Öffentlichrechtliche Anstalt mit Rechtspersönlichkeit	363
d.	Öffentlichrechtliche Körperschaft	364
e.	Privatrechtliche Gesellschaft, die vollständig von einem (allenfalls mehreren) Gemeinwesen beherrscht wird	364
f.	Gemischtwirtschaftliche Gesellschaft mit privater Beteiligung und mit besonderer Stellung des Gemeinwesens	364
g.	Privatrechtliche Gesellschaft mit blosser Minderheitsbeteiligung des Gemeinwesens und ohne spezielle Vorrangstellung	365
4.	Der Begriff des öffentlichen Unternehmens	365
5.	Monopol- und Wettbewerbssituation unternehmerischer Tätigkeit	366
a.	Monopolsituation	366
b.	Wettbewerbssituation	368
c.	Mischformen	369
6.	Öffentliche Unternehmen als Instrumente der Wirtschaftspolitik	370
II.	Grundvoraussetzungen unternehmerischer Tätigkeit der öffentlichen Hand	371
1.	Anforderungen aufgrund der Handels- und Gewerbe-freiheit	372
a.	Vereinbarkeit mit dem objektiven Gehalt der Handels- und Gewerbe-freiheit	372
b.	Grundrechtlicher Anspruch auf Schutz vor Konkurrenzierung durch den Staat?	375
2.	Insbesondere: Erfordernis des öffentlichen Interesses	376
a.	Öffentliches und (rein) fiskalisches Interesse	376
b.	Öffentliches Interesse und Leistungsauftrag	379
3.	Positivrechtliche Regelungen	381
a.	Verfassungsrecht	382
b.	Gesetzesrecht	382

III.	Modalitäten unternehmerischer Betätigung der öffentlichen Hand	383
	1. Allgemeine Grundrechtsbindung	383
	2. Bindung an den Grundsatz der Handels- und Gewerbe- freiheit bzw. der Wettbewerbsneutralität	385
	3. Grundsätze der Legalität und der Spezialität	386
	4. Wettbewerbsrecht	388
IV.	Kantonalbanken	389
	1. Begriff	389
	2. Stellung	390
	3. Funktion	391
	4. Entwicklungstendenzen	392
§19	Staatliches Beschaffungswesen	394
I.	Allgemeines	395
	1. Die öffentliche Beschaffung im Rahmen der Staatstätigkeit	395
	a. Beschaffungswesen und Beschaffungsrecht	395
	b. Volkswirtschaftliche Bedeutung	397
	c. Ablauf einer Beschaffung	399
	2. Beschaffungswesen und Grundrechte	400
	3. Ausgewählte Problempunkte	401
	a. Vergabeverfahren	402
	b. Zuschlagskriterien	403
	c. Verhandlungsrunden	403
	d. Rechtsschutz	404
	e. Wirkungen einer erfolgreichen Anfechtung	404
II.	Überblick über das schweizerische und internationale Beschaffungsrecht	405
	1. Früherer Rechtszustand	405
	2. Geltende Regelung	406
III.	Internationales Recht	407
	1. GATT/WTO	407
	a. Geschichtliche Hinweise	407
	b. Grundsätze und Anwendungsbereich des Government Procurement Agreement	408
	c. Vergabeverfahren	409
	d. Zuschlagskriterien	410
	e. Rechtsschutz	410
	2. Beschaffungsabkommen mit der EU	410

Inhaltsverzeichnis

IV.	Bundesrecht	411	
	1. Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen	411	
	a. Allgemeines	411	
	b. Grundsätze	412	
	c. Anwendungsbereich	412	
	d. Vergabeverfahren	413	
	e. Zuschlagskriterien	413	
	f. Verhandlungsrunden	413	
	g. Rechtsschutz	413	
	h. Wirkungen einer erfolgreichen Beschwerde	414	
	i. Weitere Regelungen	415	
	2. Das Binnenmarktgesetz	415	
	a. Grundsätze	415	
	b. Anwendungsbereich	416	
	c. Rechtsschutz	416	
V.	Die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	417	
	1. Grundsätze	417	
	2. Anwendungsbereich	417	
	3. Vergabeverfahren	418	
	4. Zuschlagskriterien	418	
	5. Rechtsschutz	418	
VI.	Geltungsbereiche der verschiedenen Erlasse (Zusammenfassung)	419	
Besonderer Teil			
7. Kapitel			
Wettbewerbs- und Preispolitik			423
§ 20	Grundlagen der Wettbewerbs- und Preispolitik	423	
I.	Bedeutung und Funktion des Wettbewerbes	425	
II.	Verfassungsgrundlagen der schweizerischen Wettbewerbsordnung	426	
	1. Überblick	426	
	2. Historische Entwicklung	426	
III.	Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 31 BV)	427	

IV.	Kartellartikel (Art. 31 ^{bis} Abs. 3 Bst. d BV)	428
	1. Unterschiedliche Auffassungen betreffend Stellung und Funktion des Kartellartikels	428
	2. Eigenes Grund Verständnis	429
	3. Der Kartellartikel als Zielnorm mit doppelter Funktion	430
	4. Verfassungsrechtliche Richtpunkte für die Kartellgesetzgebung	431
	a. Verfassungswortlaut: Keine Aussage über die Mittel der Wettbewerbspolitik	431
	b. Entstehungsgeschichte: «Verbot einer Verbotsgesetzgebung», aber grundsätzliche Zulässigkeit selektiver Kartellverbote	432
	c. Verfassungsrechtlicher Kontext: Berücksichtigung anderer Verfassungsinteressen	433
	5. Fazit: Beträchtlicher Wertungs- und Konkretisierungsspielraum des Kartellgesetzgebers	434
V.	Weitere Verfassungsgrundlagen	435
	1. Preisüberwachungsartikel (Art. 31 ^{sepius} BV)	435
	2. Bundeskompetenz zur Regelung von Handel und Gewerbe (Art. 31 ^{bis} Abs. 2 BV)	436
	3. Zivilrechtskompetenz (Art. 64 BV)	437
VI.	Verfassungsaspekte des Abbaus von staatlichen Wettbewerbsbehinderungen	437
VII.	Internationale Aspekte der Wettbewerbsverfassung	439
	1. Beispiele wettbewerbsrelevanter Bestimmungen in Staatsverträgen	439
	a. EFTA-Übereinkommen	439
	b. Freihandelsabkommen Schweiz - EWG	440
	2. Ausstrahlung des europäischen Wettbewerbsrechts auf die Schweiz	441
	a. Wettbewerbsrecht der Europäischen Gemeinschaft (Art. 85 ff. EG-Vertrag)	441
	b. Wettbewerbsregeln des EWR-Abkommens	443
§21	Instrumente der Wettbewerbspolitik	444
I.	Grundzüge der Kartellgesetzgebung	446
	1. Verfassungsrechtlicher Hintergrund und Konzeption	446
	2. Aufbau des neuen Kartellgesetzes	447

Inhaltsverzeichnis

3. Zweck und Geltungsbereich	448
a. Zweck	448
b. Räumlicher und persönlicher Geltungsbereich	448
c. Legaldefinitionen	450
4. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 5-8 KG)	451
a. Grundkonzeption	451
b. Methodische Aspekte (gesetzliche Vermutungstatbestände)	453
c. Zulässigkeit von wettbewerbsbeschränkenden Praktiken mangels Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung (Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 KG)	453
d. Grundsätzliche Unzulässigkeit bestimmter Praktiken (umstossbare Schädlichkeitsvermutung; Art. 5 Abs. 1 und Art. 7 KG)	454
e. Zulässigkeit infolge Rechtfertigung aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz (Art. 5 Abs. 2 und Art. 6 KG)	455
f. Keine Rechtfertigung aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz im Falle von wettbewerbsbeseitigenden Abreden (Art. 5 Abs. 1 KG)	455
g. Gesetzliche Vermutung der Wettbewerbsbeseitigung bei Preis-, Mengen- und Gebietskartellen (Art. 5 Abs. 3 KG)	456
h. Zulassung infolge Rechtfertigung durch überwiegende öffentliche Interessen (Art. 8 KG)	457
i. Fazit: Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Bejahung der volkswirtschaftlichen oder sozialen Schädlichkeit)	458
5. Beurteilung der Bestimmungen über unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 5-8 KG) aus verfassungsrechtlicher Sicht	458
a. Gewährleistung des Einbezugs von Allgemeininteressen	458
b. Zum Problem der Normunbestimmtheit	459
6. Präventive Fusionskontrolle (Art. 9-11 KG)	460
7. Institutionelles und Verfahrensfragen	461
8. Zivilrechtliche Aspekte	462
II. Grundzüge der Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb	463

Inhaltsverzeichnis

2.	Bargeld und Buchgeld	484
II.	Münzregal und Banknotenmonopol	486
1.	Entstehungsgeschichte	486
2.	Rechtsgrundlagen	486
III.	Währungsrecht und Währungswirklichkeit	487
1.	Goldsicherung des Geldes	487
2.	Schweizerische Währungswirklichkeit	488
IV.	Aufgaben und Stellung der Schweizerischen Nationalbank	491
1.	Geldpolitik und weitere Aufgaben	491
2.	Grundlagen der Schweizerischen Nationalbank	491
3.	Stellung der Nationalbank im politischen System	493
§ 25	Grundlagen der Konjunkturpolitik	494
I.	Begriff und Ziele der Konjunkturpolitik	494
1.	Allgemeines	494
2.	Vollbeschäftigung	496
3.	Preisstabilität	497
4.	Aussenwirtschaftliches Gleichgewicht	498
5.	Weitere Ziele	498
6.	Zielkonflikte	498
II.	Der Konjunkturartikel als Grundlage der Konjunkturpolitik	499
1.	Werdegang von Art. 3 I ^{quinquies} BV	499
a.	Der Konjunkturartikel von 1947	499
b.	Die Revisionsbestrebungen der 70er Jahre	500
2.	Art. 3 I ^{quinquies} BV im Überblick	501
a.	Der Konjunkturartikel als Kompetenz- und Zielnorm	501
b.	Zum Geltungsbereich des Konjunkturartikels	501
3.	Weitere konjunkturpolitisch relevante Verfassungsbestimmungen und ihr Verhältnis zu Art. 3 I ^{quinquies} BV	502
a.	Notenbankartikel	502
b.	Zollartikel	502
c.	Bilanzartikel	502
4.	Verhältnis zur Handels- und Gewerbefreiheit	503
§ 26	Instrumente der Konjunkturpolitik	504
I.	Geld- und Währungspolitik	504
1.	Zielgrössen der Geld- und Währungspolitik	504

2.	Instrumente der Geld- und Währungspolitik	505
a.	Rechtsgeschäftliche und hoheitliche Instrumente	505
b.	Rechtsgeschäftliche Instrumente	506
c.	Hoheitliche Instrumente	507
d.	Notenbankpolitik mit Vereinbarungen	509
II.	Finanzpolitik und Arbeitsbeschaffungsreserven	509
1.	Allgemeines	509
2.	Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung	510
3.	Arbeitsbeschaffungsreserven	514
a.	Allgemeines	514
b.	Arbeitsbeschaffungsreserven gemäss dem Bundesgesetz von 1951	514
c.	Arbeitsbeschaffungsreserven gemäss dem Bundesgesetz von 1985	515
III.	Weitere Instrumente	516
1.	Aussenwirtschaftspolitik	516
2.	Konjunkturbeobachtung	516
3.	Konjunkturpolitische Bedeutung der Regionalpolitik (Verweis)	517
4.	Fehlen eines allgemeinen Stabilitätsgesetzes	517
IV.	Koordinationsbedürftigkeit der Konjunkturpolitik	518
9. Kapitel		
	Strukturpolitik	519
§ 27	Wirtschaftsförderung durch Bund und Kantone	519
I.	Verfassungsrechtlicher Rahmen der Wirtschaftsförderung	519
II.	Bundesstaatliche Aspekte	521
1.	Allgemeine Förderungsbefugnisse des Bundes (Art. 31 ^{bis} Abs. 2 BV)	521
2.	Förderungsbefugnisse der Kantone	522
III.	Wirtschaftsförderung im Wandel	523
§ 28	Infrastrukturpolitik	524
I.	Allgemeines	525
1.	Bedeutung der Infrastrukturpolitik	525
2.	Staatliches und privates Engagement	526
3.	Bundesstaatliche Aspekte	527
4.	Rolle des Rechts im Infrastrukturbereich	528

Inhaltsverzeichnis

II.	Bildung und Forschung	528
1.	Grund- und Mittelschule	528
2.	Berufliche Ausbildung	529
3.	Hochschulwesen	530
a.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	530
b.	Hochschulgesetzgebung des Bundes	531
4.	Forschung	531
a.	Rechtlicher Rahmen	531
b.	Forschungspolitik und Forschungszusammenarbeit	533
III.	Verkehr	534
1.	Überblick	534
2.	Schienengebundener Verkehr	535
3.	Strassenwesen	537
4.	Schifffahrt	537
5.	Luftschifffahrt	538
6.	Postwesen (regelmässige und gewerbmässige Personenbeförderung)	539
7.	Rohrleitungsanlagen	540
8.	Freie Wahl des Verkehrsmittels?	540
IV.	Energie	541
1.	Energie im allgemeinen	541
2.	Elektrische Energie	542
3.	Atomenergie	543
4.	Versorgung mit leitungsgebundener Energie	544
V.	Post und Telekommunikation	545
1.	Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	545
2.	Liberalisierungsschritte im Post- und Fernmeldebereich	547
a.	Lockerung des Fernmeldemonopols (Fernmeldegesetz 1991)	547
b.	Weitere Liberalisierung des Fernmeldemarktes (Fernmeldegesetz vom 30.4.1997)	548
c.	Liberalisierung des Post Verkehrsmarktes (Postgesetz vom 30.4.1997)	548
d.	Auftrennung und Teilprivatisierung der PTT-Betriebe (Postorganisationsgesetz und Telekommunikationsunternehmungsgesetz vom 30.4.1997)	549

§ 29	Regionale Strukturpolitik	551
I.	Ausgangslage: staatspolitisch unerwünschte regionale Disparitäten	551
II.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	553
	1. Regionale Strukturpolitik (Art. 31 ^{bis} Abs. 3 Bst. c BV)	553
	2. Weitere Verfassungsgrundlagen der Regionalpolitik	554
	3. Regionalpolitik als Gegenstand des internationalen Rechts (insb. Alpenkonvention)	555
III.	Instrumentarium der regionalen Strukturpolitik	556
	1. Allgemeine Charakteristika der Gesetzgebung	556
	2. Investitionshilfe für Berggebiete	558
	3. Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten	559
	4. Förderung des Hotel- und Kurortkredites	561
	5. Verbesserung der Wohn Verhältnisse in Berggebieten	561
	6. Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen	562
	a. Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen (sog. Bonny-Beschluss und Nachfolgebeschluss von 1994)	562
	b. Unterstützung wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete (Bundesbeschluss vom 6.10.1995)	563
	7. Schweizerische Verkehrszentrale	564
	8. Behebung von Unwetterschäden	565
§ 30	Sektorale Strukturpolitik	566
I.	Sektorale Strukturpolitik des Bundes	567
	1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	567
	a. Strukturpolitische Massnahmen im Einklang mit dem Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 31 ^{bis} Abs. 2 BV)	568
	b. Strukturpolitische Massnahmen in Abweichung vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit (Art. 31 ^{bis} Abs. 3 Bst. aBV)	568
	c. Interventionsbefugnisse in der Filmbranche (Art. 27 ^{ter} BV)	570
	2. Instrumentarium auf Gesetzesstufe	570
	a. Allgemeines	570
	b. Die frühere Industriepolitik des Bundes im Bereich der Uhrenindustrie	571
	c. Förderung des Tourismus	571

Inhaltsverzeichnis

d.	Förderung der Stickerei-Industrie	572
e.	Weitere Förderungsbereiche	573
II.	Insbesondere: Landwirtschaftspolitik	575
1.	Landwirtschaft und Landwirtschaftsrecht im Wandel	575
a.	Volkswirtschaftliche Bedeutung	575
b.	Gewandelte Rahmenbedingungen	575
c.	Marksteine des agrarpolitischen Wandlungsprozesses	576
2.	Verfassungsgrundlagen der Landwirtschaftspolitik	577
a.	Der Landwirtschaftsartikel (Art. 31 ^{00,65} BV)	577
b.	Weitere Verfassungsgrundlagen	580
3.	Ausführende Gesetzgebung (Überblick)	580
a.	Allgemeines	580
b.	Das Landwirtschaftsgesetz (Überblick)	581
c.	Verordnungsrecht allgemeinen Charakters	582
d.	Flankierende Gesetzgebung	582
e.	Marktordnungen	583
f.	Verhältnis von Gesetzes- und Verordnungsrecht	585
4.	Wirtschaftliche Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes (Hinweise)	585
a.	Überblick	585
b.	Produktionslenkung	586
c.	Einkommenssicherung	586
d.	Direktzahlungen als Mittel zur Entkoppelung der Preis- und der Einkommenspolitik	587
5.	Landwirtschaft und Aussenwirtschaft	590
a.	Das System des Importschutzes	590
b.	Instrumente des Importschutzes	591
c.	Insbesondere Zollkontingente	591
d.	Exportförderung	595
6.	Staatliche Hilfe und Selbsthilfe	596
a.	Subsidiarität staatlicher Massnahmen	596
b.	Rechtliche Folgeprobleme	596
III.	Kantonale Strukturpolitik, insbesondere betreffend das Gastwirtschaftsgewerbe	597
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Konkurrentenschutzes im Gastgewerbe (Art. 31 ^{ter} Abs. 1 BV)	597
2.	Das Instrumentarium des Gastgewerberechts	598
a.	Die Bedürfnisklausel	598
b.	Der gastgewerbliche Fähigkeitsausweis	600

c. Weitere Anforderungen an die Ausübung des Gastwirtschaftsgewerbes	600
3. Reformtendenzen in den Kantonen	600
§ 31 Landesversorgung	602
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	602
1. Allgemeines	602
2. Wirtschaftliche Landesverteidigung	603
3. Sicherstellung der Landes Versorgung bei schweren Mangellagen	603
II. Instrumentarium auf Gesetzesstufe	604
1. Massnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung	604
a. Massnahmen der ständigen Bereitschaft	604
b. Massnahmen bei zunehmender Bedrohung	605
2. Massnahmen bei schweren Mangellagen	606
3. Vollzugsfragen	606
10. Kapitel	
Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik	609
§ 32 Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik	609
I. Gegenstand und Bedeutung der Aussenwirtschaftspolitik	610
II. Rechtliche Grundlagen der Aussenwirtschaftspolitik	614
1. Ziele und Grundsätze	614
2. Verfassungsrechtlicher Handlungsrahmen	616
a. Allgemeines	616
b. Die Zollartikel der Bundesverfassung (Art. 28 ff. BV)	617
c. Die Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung (Art. 31 ff. BV)	618
d. Weitere Kompetenzbestimmungen	619
3. Völkerrechtlicher Rahmen	620
4. Überblick über die ausführende Aussenwirtschaftsge- setzgebung	620
III. Träger der Aussenwirtschaftspolitik	623
1. Staatliche Instanzen	623
a. Verhältnis von Bund und Kantonen	623
b. Verhältnis von Bundesversammlung und Bundesrat	624
c. Stimmberechtigte	626
2. Private Organisationen	627
3. Internationale Organisationen	627

Inhaltsverzeichnis

IV.	Formen	628
	1. Multilaterale Beziehungen	628
	2. Bilaterale Beziehungen	628
	3. Autonome Aussenwirtschaftspolitik	629
§ 33	Instrumente der Aussenwirtschaftspolitik	630
I.	Kategorien aussenwirtschaftlicher Massnahmen	630
II.	Zölle	631
III.	Einfuhrbeschränkungen	633
IV.	Ausfuhrbeschränkungen	636
V.	Exportförderung	638
	1. Handelsförderung	638
	2. Exportrisikogarantie	639
VI.	Schutz von Investitionen im Ausland	642
	1. Investitionsrisikogarantie	642
	2. Völkerrechtlicher Investitionsschutz	643
§ 34	Entwicklungspolitik	645
I.	Grundlagen	646
	1. Begriffliches	646
	2. Geschichte, Motivation, Interdependenzen	647
	3. Rechtliche Grundlagen	648
	a. Verfassung	648
	b. Gesetzgebung	648
	c. Internationales Recht	649
II.	Grundsätze und Formen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit	650
	1. Grundsätze und Ziele	650
	2. Instrumente	650
	a. Technische Zusammenarbeit	650
	b. Finanzielle Zusammenarbeit	651
	c. Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen	652
	d. Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	653
	e. Humanitäre Hilfe	653
	3. Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit	653
	4. Vorgehensformen	655
III.	Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	658

IV.	Entwicklungstendenzen	659
	1. Prinzip der «nachhaltigen Entwicklung» (sustainable development)	659
	2. Prinzip der «guten Regierungsführung» (good governance)	659
11. Kapitel		
	Aufsicht über ausgewählte Dienstleistungsbereiche	661
§ 35	Bankenaufsicht	661
I.	Verfassungsrechtliche Grundlage	664
II.	Die Bankengesetzgebung im Überblick	665
III.	Das Bankgeheimnis	669
	1. Rechtsgrundlagen und Schutz des Bankgeheimnisses	669
	2. Grenzen des Bankgeheimnisses	670
IV.	Bankenaufsicht	673
	1. Das System der Bankenaufsicht	673
	2. Träger der Bankenaufsicht	674
	a. Die Eidgenössische Bankenkommission (EBK)	674
	b. Die bankengesetzlichen Revisionsstellen	676
V.	Die Stellung der Kantonalbanken	676
VI.	Sorgfaltspflichten bei der Entgegennahme fremder Gelder	677
	1. Die Sorgfaltspflichtvereinbarung (VSB)	677
	2. Das Bewilligungserfordernis der «Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit»	678
	3. Straftatbestände der Geldwäscherei	678
	4. Geldwäschereigesetz	679
VII.	Der Einlegerschutz	680
	1. Allgemeines	680
	2. Die Vereinbarung über den Einlegerschutz	680
	3. Konkursprivilegien	681
§ 36	Kapitalmarkt- und Börsenaufsicht	682
I.	Kapitalmarktrecht	683
	1. Begriff und Ziele des Kapitalmarktrechts	683
	2. Entwicklungstendenzen des Kapitalmarktrechts	684
	a. Internationale Angleichung	684
	b. Kollisions- und Verfahrensrecht	684
	c. Neue Finanzinstrumente	685

Inhaltsverzeichnis

II.	Die wichtigsten Erlasse des schweizerischen Kapitalmarkt- und Börsenrechts	685
1.	Das Anlagefondsgesetz	685
2.	Das Börsengesetz	689
a.	Allgemeine Bestimmungen	689
b.	Offenlegung von Beteiligungen	691
c.	Öffentliche Kaufangebote	692
3.	Kapitalmarktdelikte	694
§ 37	Versicherungsaufsicht	696
I.	Verfassungsrechtliche Grundlage (Art. 34 Abs. 2 BV)	697
II.	Versicherungsaufsicht	698
1.	Zweck und Geltungsbereich der Versicherungsaufsicht	698
2.	Bewilligungsvoraussetzungen	699
3.	Inhalt der Versicherungsaufsicht	701
III.	Versicherungsabkommen zwischen der Schweiz und der EG	702
§ 38	Freie Berufe	704
I.	Begriff und verfassungsrechtliche Einordnung	705
1.	Begriff des freien Berufs	705
2.	Freie Berufe und Handels- und Gewerbefreiheit	705
3.	Das Erfordernis des Fähigkeitsausweises (Art. 33 BV)	706
4.	Verfassungsauftrag und verfassungsmässige Garantie betreffend die Freizügigkeit	707
II.	Wirtschaftsverfassungsrechtlicher Rahmen des Anwaltsberufes	709
1.	Zulassung zum Anwaltsberuf	709
a.	Kantonaler Fähigkeitsausweis und kantonale Berufsausübungsbewilligung	709
b.	Bundesrechtliche Freizügigkeitsgarantie	710
2.	Berufsausübung	712
a.	Anwaltsgesetzgebung	712
b.	Ausfüllung von gesetzlichen Generalklauseln durch Standesregeln	712
c.	Disziplinarrecht	713
III.	Wirtschaftsverfassungsrechtlicher Rahmen des Arztberufes	714
1.	Zulassung zum Arztberuf	714

2. Berufsausübung	715
a. Allgemeiner gesetzlicher Rahmen	715
b. Ausfüllung von gesetzlichen Generalklauseln durch Standesregeln	716
c. Disziplinarrecht	717
d. Berufsausübung an staatlichen Kliniken	718
 12. Kapitel	
Umgang mit risikobehafteten Gütern	719
§ 39 Das Wirtschaftsverwaltungsrecht im Dienst der Risikobewältigung	719
I. Gefahren und Risiken als Herausforderung für das Wirtschaftsverwaltungsrecht	720
1. Von der klassischen Gefahrenabwehr zum staatlichen Umgang mit Risiken	720
2. Rechtsbegriff der Gefahr und des Risikos	721
3. Eigenheiten des Gefahren- und Risikorechts	722
a. Doppelfunktion	722
b. Erhöhte Flexibilitätsbedürfnisse	722
c. Veränderte Modalitäten staatlichen Handelns	723
d. Herstellung von Risikoakzeptanz durch Verfahren	724
II. Allgemeine Merkmale der schweizerischen Gesetzgebung über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Stoffe	725
1. Wandel der Gesetzgebung	725
2. Vertikaler Regelungsansatz	725
3. Horizontale Regelungsansätze	726
a. Umweltschutzgesetzgebung	726
b. Ausgestaltung und Handhabung technischer Vor- schriften	727
c. Haftpflichtrecht	729
4. Wirtschaftsrechtliche Instrumente im Umgang mit Ge- fahren und Risiken	729
§ 40 Gefahrenvorsorge in ausgewählten Bereichen	731
I. Lebensmittel	731
1. Überblick	731
2. Instrumentarium	733
a. Zulassung von Lebensmitteln	733
b. Lebensmittelkontrolle	734

Inhaltsverzeichnis

II.	Gifte und Heilmittel	735
	1. Umgang mit Giften	735
	2. Umgang mit Heilmitteln	736
	a. Interkantonales Heilmittel-Konkordat	736
	b. Reformbestrebungen	737
	c. Sektorale Regelungen des Bundesrechts	738
III.	Umweltgefährdende Stoffe und Organismen sowie Abfälle	738
	1. Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen	739
	2. Umgang mit Abfällen	739
	3. Umgang mit umweltgefährdenden Organismen	740
IV.	Umgang mit Gefahren und Risiken in weiteren Bereichen	741
	1. Technische Einrichtungen und Geräte	741
	2. Sektorale Regelungen (Hinweise)	743
	Sachregister	745